

Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Umweltschutz (Umweltschutzgebührenordnung - UGebO)

Vom 11. November 2008

(GVBl. S. 417, ber. GVBl. 2010 S. 247)

BRV 2013-1-15

Zuletzt geändert durch Art. I Dritte ÄndVO vom 4. 6. 2013 (GVBl. S. 167)

Inhaltsübersicht

§ 1 Gebührenerhebung

§ 2 Persönliche Gebührenbefreiung

§ 3 Rahmengebühr

§ 4 Gebühren nach dem Wert des Gegenstandes

§ 5 Gebühren bei Ablehnung oder Zurücknahme eines Antrages

§ 6 Übergangsregelung

§ 7 Inkrafttreten

Anlage: Inhaltsübersicht des Gebührenverzeichnisses

Auf Grund des § 6 Abs. 1 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge vom 22. Mai 1957 (GVBl. S. 516), das zuletzt durch Gesetz vom 6. Juli 2006 (GVBl. S. 713) geändert worden ist, wird verordnet:

1 [Amtl. Anm.:] Diese Verordnung dient der Umsetzung der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (ABl. L 376 vom 27. Dezember 2006, S. 36).

§ 1 Gebührenerhebung[1]

(1) Für Amtshandlungen in den Bereichen Immissionsschutz, Abfallentsorgung, Strahlenschutz, Gewässerschutz, Natur- und Landschaftsschutz sowie Boden- und Grundwasserschutz sowie Treibhausgasemissionen einschließlich der dazu vorgesehenen Umweltberichterstattung werden Gebühren nach dieser Gebührenordnung und dem anliegenden Gebührenverzeichnis erhoben.

(2) Die Vorschriften der Verwaltungsgebührenordnung, Gesundheitsgebührenordnung und der Pflanzenschutzgebührenordnung bleiben hiervon unberührt.

[1] § 1 Abs. 1 geänd. mWv 28. 3. 2010 durch VO v. 9. 3. 2010 (GVBl. S. 140).

Normabkürzung Normtitel Verkündungsstand, letzte Änderung Normgeber

UGebO Umweltschutzgebührenordnung Verkündungsstand: 05.12.2014

in Kraft ab: 30.06.2013 BLN

§ 2 Persönliche Gebührenbefreiung

(1) Von der Zahlung einer Verwaltungsgebühr sind befreit

1. die Behörden und nichtrechtsfähigen Anstalten des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Gemeindeverbände,

2. die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,

3. die Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsgemeinschaften, sofern sie die Rechtsstellung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts haben und durch die Amtshandlung unmittelbar die Durchführung kirchlicher, religiöser oder weltanschaulicher Zwecke gefördert wird,

4. die Einrichtungen, die als gemeinnützig, mildtätig oder kirchlichen Zwecken dienend im Sinne der Abgabenordnung anerkannt sind, wenn die Amtshandlung unmittelbar der Durchführung gemeinnütziger, mildtätiger oder kirchlicher Zwecke dient.

(2) Absatz 1 gilt nicht für

1. Sondervermögen und Betriebe, die einen Wirtschaftsplan aufstellen, sowie für gleichartige erwerbswirtschaftlich ausgerichtete Einrichtungen juristischer Personen des öffentlichen Rechts,

2. Kreditinstitute im Sinne des Gesetzes über das Kreditwesen.

Normabkürzung Normtitel Verkündungsstand, letzte Änderung Normgeber

UGebO Umweltschutzgebührenordnung Verkündungsstand: 05.12.2014

in Kraft ab: 30.06.2013 BLN

§ 3 [1] Rahmengebühr

Bei Amtshandlungen, für die in dem Gebührenverzeichnis ein Rahmen festgelegt ist, ist die Gebühr zu bemessen

1. nach der Bedeutung des Gegenstands und dem wirtschaftlichen Nutzen für die Beteiligten,

2. nach dem Umfang der Amtshandlung und den Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung der Amtshandlung ergeben,

soweit sich aus § 8 Absatz 6 des Gesetzes über Gebühren und Beiträge nichts anderes ergibt.

[1] § 3 Nr. 2 geänd. mWv 28. 3. 2010 durch VO v. 9. 3. 2010 (GVBl. S. 140).

Normabkürzung Normtitel Verkündungsstand, letzte Änderung Normgeber

UGebO Umweltschutzgebührenordnung Verkündungsstand: 05.12.2014

in Kraft ab: 30.06.2013 BLN

§ 4 Gebühren nach dem Wert des Gegenstandes

1Soweit die Gebühr nach dem Wert des Gegenstandes berechnet wird, ist der Wert einschließlich Umsatzsteuer zur Zeit der Beendigung der Amtshandlung maßgebend. 2Der Wert ist vom Gebührenschuldner nachzuweisen; wird der Nachweis nicht erbracht, ist der Wert zu schätzen.

Normabkürzung Normtitel Verkündungsstand, letzte Änderung Normgeber
UGebO Umweltschutzgebührenordnung Verkündungsstand: 05.12.2014
in Kraft ab: 30.06.2013 BLN

§ 5 Gebühren bei Ablehnung oder Zurücknahme eines Antrages

(1) 1Wird der Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung abgelehnt, so werden ein Zehntel bis fünf Zehntel der vollen Gebühr erhoben. 2Die Gebühr ist zu erstatten oder auf die für die begehrte Amtshandlung zu zahlende Gebühr anzurechnen, wenn die Ablehnung im Widerspruchs- oder Verwaltungsgerichtsverfahren aufgehoben wird. 3Wird der Antrag auf Vornahme einer Amtshandlung zurückgenommen, so werden ein Zehntel bis fünf Zehntel der vollen Gebühr erhoben, wenn mit der sachlichen Bearbeitung begonnen worden, die Amtshandlung aber noch nicht abgeschlossen ist. 4Für die Bemessung der Gebühr gilt § 3 entsprechend.

(2) Bei Gebühren nach dem Wert des Gegenstands oder bei Rahmengebühren ist von der Gebühr auszugehen, die bei Vornahme der Amtshandlung festzusetzen wäre.

(3) Wird der Antrag wegen Unzuständigkeit abgelehnt, ist eine Gebühr nicht zu erheben.

Normabkürzung Normtitel Verkündungsstand, letzte Änderung Normgeber
UGebO Umweltschutzgebührenordnung Verkündungsstand: 05.12.2014
in Kraft ab: 30.06.2013 BLN

§ 6 Übergangsregelung

1Bei Amtshandlungen, die einen Antrag voraussetzen, sind die bei Antragstellung geltenden Vorschriften anzuwenden, soweit sie für den Gebührenschuldner günstiger sind. 2Im Übrigen richtet sich die Gebührenerhebung nach den Vorschriften, die bei Vollendung der Amtshandlung gelten.

Normabkürzung Normtitel Verkündungsstand, letzte Änderung Normgeber
UGebO Umweltschutzgebührenordnung Verkündungsstand: 05.12.2014
in Kraft ab: 30.06.2013 BLN

§ 7 Inkrafttreten

1Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung[1] im Gesetz- und Verordnungsblatt für Berlin in Kraft. 2Gleichzeitig tritt die Umweltschutzgebührenordnung vom 1. Juli 1988 (GVBl. S. 1132), zuletzt geändert durch Verordnung vom 12. März 2008 (GVBl. S. 75), außer Kraft.

[1] Verkündet am 6. 12. 2008.

Normabkürzung Normtitel Verkündungsstand, letzte Änderung Normgeber
UGebO Umweltschutzgebührenordnung Verkündungsstand: 05.12.2014
in Kraft ab: 30.06.2013 BLN

Anlage[1]

zu § 1 Absatz 1 Umweltschutzgebührenordnung

Inhaltsübersicht des Gebührenverzeichnisses
Vorbemerkungen

Tarifstellen

I.

Allgemeines
ab 1000

II.

Immissionsschutz
ab 2000

III.

Abfallentsorgung
ab 3000

IV.

Strahlenschutz
ab 4000

V.

Gewässerschutz
ab 5000

VI.

Naturschutz, Landschaftspflege, Grünordnung, Forst- und Jagdwesen
ab 6000

VII.

Boden- und Grundwasserschutz
ab 7000

Vorbemerkungen

Nachstehende Vorbemerkungen gelten für alle Tarifstellen, soweit in den dortigen Anmerkungen hierauf verwiesen wird.

1. In den Gebührensätzen für Messungen, Ortsbesichtigungen und Probenahmen sind alle anfallenden Kosten für die jeweilige Amtshandlung enthalten. Dies können im Einzelfall insbesondere Materialkosten, Fahrtkosten, Vornahme von Messungen, Einsatz des Messpersonals, Verhandlungen mit Dritten, Überprüfungen vor Ort, Auswertung von Messergebnissen, Erstellung von Gutachten, Anfertigen von Messdiagrammen oder Gerätebenutzung sein, auch wenn sie bei amtshilfeleistenden Verwaltungen entstehen.

2. Die für die Berechnung der Gebühren maßgeblichen Kosten umfassen sämtliche Anschaffungs- und Herstellungskosten einschließlich der Mehrwertsteuer. Für Eigenleistungen ist der Kostenbetrag anzusetzen, der für eine entsprechende Unternehmerleistung aufzubringen wäre.

Tarifstelle

Gegenstand
Gebühr Euro

I. Allgemeines

1000

Bescheinigungen nach § 7d des Einkommensteuergesetzes für Anlagen, die dem Umweltschutz dienen, bei Herstellungs- oder Anschaffungskosten einschließlich Mehrwertsteuer

bis

25 000 €

0,5 v.H. der Kosten

über

25 000 €

125 zuzüglich 0,2 v.H. des 25 000 € übersteigenden Betrages

mindestens

34

höchstens

1 463

1010

Durchführung einer gesetzlich vorgesehenen Umweltverträglichkeitsprüfung

zusätzlich 30 v.H. der Verwaltungsgebühr für die Genehmigung/Planfeststellung/Erlaubnis/Bewilligung

Anmerkung:

Die Gebühr wird zusätzlich zu den Gebühren im Rahmen eines Genehmigungsverfahrens nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bzw. nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz sowie nach den wasserrechtlichen Vorschriften erhoben.

1011

Durchführung eines Scoping-Termins im Umweltverträglichkeitsprüfungs-Verfahren, soweit die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht zu Ende geführt werden kann

10 v.H. der Verwaltungsgebühr für die Genehmigung/Planfeststellung/Erlaubnis/Bewilligung

mindestens

550

1012

Durchführung einer Vorprüfung nach §§ 3c und 3e Absatz 1 Nummer 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung, auch in Verbindung mit § 16h des Berliner Wassergesetzes

20 v.H. der Verwaltungsgebühr für eine Genehmigung/Planfeststellung/Erlaubnis/Bewilligung

mindestens

550

Anmerkung:

Die Kosten für die Veröffentlichung der Entscheidung sind vom Vorhabenträger/Antragsteller zu ersetzen.

1013

a)

Durchführung einer Verträglichkeitsprüfung (sog. FFH-Verträglichkeitsprüfung) nach § 34 Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz
114 – 2 280

b)

Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen nach § 34 Absatz 3 Bundesnaturschutzgesetz
72 – 1 440

1014

Durchführung einer Vorprüfung nach § 17 Absatz 1 Berliner Naturschutzgesetz über die Erforderlichkeit einer Verträglichkeitsprüfung (sog. FFH – Verträglichkeitsprüfung) nach § 34 Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz

je angefangene halbe Arbeitsstunde

a)

des höheren Dienstes
37

b)

des gehobenen Dienstes
29

1030

Entscheidung nach § 5 Absatz 5 Satz 3 des Katastrophenschutzgesetzes
100 – 2 000

1040

Schriftliche Auskunft über umweltrechtliche Anforderungen aus den in § 1 Absatz 1 genannten Bereichen an genehmigungsfreie Bauvorhaben oder sonstige zulassungsfreie Maßnahmen

je angefangene halbe Arbeitsstunde

a)

des höheren Dienstes
37

b)
des gehobenen Dienstes
29

c)
des mittleren und einfachen Dienstes
24

1050
Amtshandlungen nach dem Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz

Emissionsgenehmigungen, Genehmigungen und Ausnahmen vom Monitoring-Konzept nach §
4Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes
250 – 25 000

1060
Gewährung einer Fristverlängerung nach § 3 Absatz 2 des Gesetzes zur Ausführung des Protokolls über
Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister vom 21. Mai 2003 sowie zur Durchführung der
Verordnung (EG) Nummer 166/2006
40 – 185

1061
Prüfung eines Berichtes nach § 3 Absatz 1 des Gesetzes zur Ausführung des Protokolls über
Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister vom 21. Mai 2003 sowie zur Durchführung der
Verordnung (EG) Nummer 166/2006
40 – 400

II. Immissionsschutz

Maßnahmen zur Erfassung und Minderung von Geräuschen, Licht- und ähnlichen Umwelteinwirkungen

Allgemeines

2000
Durchführung von Messungen bei Verwaltungsakten nach dem Landes-Immissionsschutzgesetz Berlin und
sonstige Messungen von Geräuschen, Erschütterungen und Lichtimmissionen (insbesondere Messungen
nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm, Frequenzanalysen, Messungen der Nachhallzeit,
der Luftschall- und Trittschalldämmung, Messungen von Geräuschen der Wasserinstallation und
Schwingungsmessungen)
180 – 3 600

Anmerkung:

Auf die Vorbemerkungen Nummer 1 und 2 wird verwiesen.

2010

Ortsbesichtigungen ohne Messtätigkeiten

50 – 600

Anmerkung:

Auf die Vorbemerkungen Nummer 1 und 2 wird verwiesen.

Verwaltungsakte nach dem Landes-Immissionsschutzgesetz Berlin und nach den §§ 24, 25 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

2020

Zulassung von Ausnahmen nach § 10 des Landes-Immissionsschutzgesetzes Berlin vom Schutz der Nachtruhe (nach § 3 des Landes-Immissionsschutzgesetzes Berlin)

a)

für gewerbliche Zwecke

95 – 1 530

b)

in den übrigen Fällen

35 – 300

2021

Zulassung von Ausnahmen nach § 10 des Landes-Immissionsschutzgesetzes Berlin vom Schutz der Sonn- und Feiertagsruhe (nach § 4 des Landes-Immissionsschutzgesetzes Berlin)

a)

für gewerbliche Zwecke

60 – 1 200

b)

in den übrigen Fällen

35 – 180

2022

Zulassung von Ausnahmen nach § 10 des Landes-Immissionsschutzgesetzes Berlin für die Benutzung von Tonwiedergabegeräten und Musikinstrumenten (§ 5 des Landes-Immissionsschutzgesetzes Berlin)

a)
für gewerbliche Zwecke
45 – 275

b)
in den übrigen Fällen
35 – 180

2023

Genehmigung nach § 11 des Landes-Immissionsschutzgesetzes Berlin für öffentliche Veranstaltungen im Freien oder für öffentliche Motorsportveranstaltungen außerhalb von Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz

a)
bei Großveranstaltungen für jede genehmigte Veranstaltung
200 – 4 000

b)
für jede sonstige genehmigte Veranstaltung
40 – 800

2024

Änderung von Zulassung oder Genehmigung

a)
geringfügige Änderung
10 v.H. der für die zugrunde liegende Amtshandlung festzusetzenden Gebühr

mindestens
50

b)
wesentliche Änderung
50 v.H. der für die zugrunde liegende Amtshandlung festzusetzenden Gebühr

mindestens
50

2025

Rücknahme oder Widerruf von Zulassung oder Genehmigung
50 v.H. der für die zugrunde liegende Amtshandlung festzusetzenden Gebühr

mindestens
50

2026

Verwaltungsakte nach § 12 des Landes-Immissionsschutzgesetzes Berlin sowie nach den §§ 24 und 25 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

a)

zum Schutz vor gewerblich verursachten Immissionen

95 – 1 530

b)

in den übrigen Fällen

35 – 300

Maßnahmen zur Luftreinhaltung

2030

Messungen und Prüfungen zur Ermittlung von Luftverunreinigungen

95 – 1 900

2031

Luftgütemessungen mit Hilfe von mobilen Multikomponenten-Messstationen
je angefangene Stunde Einsatz der Messstation 141

2032

Ortsbesichtigungen ohne Messtätigkeiten

50 – 600

Anmerkung:

Auf die Vorbemerkungen Nummer 1 und 2 wird verwiesen.

2050

Erteilung einer Ausnahme nach § 4 der Verordnung über den Schwefelgehalt bestimmter flüssiger Kraft
oder Brennstoffe (3. BImSchV)

pro Tonne

0,01

mindestens

154

2051

Prüfung einer Emissionserklärung oder deren Fortschreibung nach § 27 des Bundes-
Immissionsschutzgesetzes sowie der Verordnung über Emissionserklärungen (11. BImSchV)

100 – 2 000

2051a

Prüfung der Messberichte von Messungen nach den §§ 26, 28 oder 29 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes unter Einbeziehung des Aufwands für die Messplanung, Messdurchführung und rechnerische Auswertung der Ergebnisse
100 – 2 000

2052

–Bekanntgabe als Messstelle nach § 26 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

–oder nach § 17a Absatz 2 der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen (1. BImSchV)

–oder nach § 12 Absatz 7 der Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen (2. BImSchV)

–oder nach § 14 Absatz 2 und 3 der Verordnung über Großfeuerungs- und Gasturbinenanlagen (13. BImSchV)

–oder nach § 10 Absatz 3 der Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen (17. BImSchV)

–oder nach § 7 Absatz 3 der Verordnung über Anlagen zur Feuerbestattung (27. BImSchV)

–oder nach § 8 Absatz 4 der Verordnung über Anlagen zur biologischen Behandlung von Abfällen (30. BImSchV)

–oder nach Anhang VI, Nummer 2.1 der Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen (31. BImSchV)

–oder nach Nummer 5.3 der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft

Prüfung der Voraussetzungen zur Bekanntgabe eines Antragstellers ohne Überprüfung vor Ort
400

2053

Prüfung der Voraussetzungen zur Bekanntgabe eines Antragstellers mit einer Überprüfung vor Ort, u.a. zur Laborbesichtigung
750

jede weitere Überprüfung vor Ort zusätzlich
160

Anmerkung:

Werden bei der Prüfung der Fachkunde für Immissionsmessungen eine oder mehrere Maßnahmen erforderlich, sind die entsprechenden Gebühren zusätzlich zu erheben.

2055

Bereitstellung von gasförmigen Proben und Wertevergleich anorganischer Gase

je Komponente

260

2056

Bereitstellung von staubförmigen Proben und Wertevergleich Staubinhaltsstoffe und an Staub adsorbierte chemische Verbindungen

je Komponentengruppe

130

2057

Bereitstellung von gasförmigen Proben und Wertevergleich für organisch-chemische Verbindungen

je Komponentengruppe

260

2058

Bereitstellung von staubförmigen Proben und Wertevergleich für hochtoxische organisch-chemische Verbindungen in extrem geringen Konzentrationen (Dioxine und Furane)

130

2059

Bereitstellung und Wertevergleich an automatischen Messstationen

je Probe

130

2060

Immissionsmessungen mit Wertevergleich an automatischen Messstationen

50

Sofern Wiederholungsproben erforderlich werden, wird die für die Erstuntersuchung genannte Gebühr (vgl. Tarifstellen 2055 bis 2060) erneut erhoben, zuzüglich einer Verwaltungsgebühr von 50 €

2061

Teilnahme an Ringversuchen für Messstellen nach § 26 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und Folgevorschriften

a)

bei Gasen

510

im Wiederholungsfall
260

b)
bei Stäuben
260

im Wiederholungsfall
130

Weitere Maßnahmen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz und darauf basierender Verordnungen

2062
Bekanntgabe von Sachverständigen nach § 29a Absatz 1 Satz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

1.
Erstbekanntgabe

a)
Grundgebühr
256

b)
Gebühr je Prüfbereich

(persönlich vertretene Fachgebiete)
103

c)
Zuschlag für besonders schwierige oder aufwändige Prüfung von Arbeitsproben
50 – 250

mindestens
256

höchstens
2 557

2.
Wiederholungsbekanntgabe nach Ablauf der Befristung (ohne Veränderung zu den Prüfbereichen)
256

2070
Erteilung einer Genehmigung oder Teilgenehmigung nach den §§ 4, 8, 16, 19 des Bundes-
Immissionsschutzgesetzes bei Kosten (K) für die Errichtung oder die wesentliche Änderung der Anlage oder
des Anlagenteils

a)
bis zu 50 000 €
 $= 275 + 0,009 \times K$, mindestens 275 €

b)
bis zu 500 000 €
 $= 725 + 0,009 \times (K - 50\,000)$

c)
bis zu 5 000 000 €
 $= 4\,775 + 0,007 \times (K - 500\,000)$

d)
bis zu 50 000 000 €
 $= 36\,275 + 0,005 \times (K - 5\,000\,000)$

e)
bis zu 150 000 000 €
 $= 261\,275 + 0,003 \times (K - 50\,000\,000)$

f)
über 150 000 000 €
 $= 561\,275 + 0,0025 \times (K - 150\,000\,000)$

Anmerkungen:

1.

Ist der Genehmigung oder Teilgenehmigung ein Vorbescheid, die Zulassung des vorzeitigen Beginns oder ein Änderungsanzeigeverfahren vorausgegangen, sind 50 v.H. der dafür erhobenen Gebühr auf die Gebühr für die Erteilung der Genehmigung oder Teilgenehmigung (Tarifstelle 2070) anzurechnen.

2.

Enthält die Amtshandlung eine bauordnungsrechtliche Abweichung oder eine bauplanungsrechtliche Ausnahme oder Befreiung, so ist ein Zuschlag nach Maßgabe der entsprechenden Regelungen der Baugebührenordnung in der jeweils geltenden Fassung zu erheben.

2071

a)

Erteilung eines Vorbescheides nach § 9 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
50 v.H. der Gebühr nach Tarifstelle 2070

b)

Zulassung eines vorzeitigen Beginns nach § 8a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
50 v.H. der Gebühr nach Tarifstelle 2070

c)

Prüfung von Änderungsanzeigen gemäß § 15 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes auch im Falle fehlender behördlicher Äußerung in Monatsfrist
10 – 30 v.H. der Gebühr nach Tarifstelle 2070

d)

Prüfung von Betriebseinstellungen beziehungsweise Teilbetriebseinstellungen gemäß § 15 Absatz 3 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
100 – 2 500

2072

Durchführung eines Erörterungstermins gemäß § 10 Absatz 6 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bei Genehmigungs- oder Vorbescheidsverfahren nach Tarifstellen 2070 oder 2071
zusätzlich 25 v.H. der Gebühr nach der Tarifstelle 2070

2072a

Durchführung einer erfolglosen Schlussabnahme, wenn die Erfolglosigkeit vom Antragsteller zu vertreten ist
500

2073

Gewährung einer Fristverlängerung nach den §§ 9, 18 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und nach § 2 Absatz 3 Satz 1 letzter Halbsatz der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV)
10 v.H. der Gebühr nach der Tarifstelle 2070 oder 2071

mindestens

60

Anmerkung zu den Tarifstellen 2070 bis 2073:

Auf die Vorbemerkung Nummer 2 wird verwiesen

2073a

Entscheidung über die Erteilung einer Erlaubnis zum Betrieb einer Anlage durch eine andere Person nach § 20 Absatz 3 Satz 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
250

2073b

Erlass einer nachträglichen Anordnung nach § 17 Absatz 1, 4, 4a, 4b und 5 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
150 – 3 000

2073c

Anordnung der Stilllegung oder Beseitigung einer Anlage nach § 20 Absatz 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
500 – 10 000

2075

Maßnahmen der Überwachung nach § 52 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

a)

Maßnahmen der Überwachung genehmigungsbedürftiger Anlagen
125 – 1 250

b)

Maßnahmen der Überwachung nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen unter Berücksichtigung des § 52 Absatz 4 Satz 3 letzter Halbsatz des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
125 – 1 250

2076

Prüfung einer Anzeige nach § 67 Absatz 2 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
500 – 10 000

2080

Zulassung von Ausnahmen im Rahmen der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen (1. BImSchV)

je Ausnahme

323

2080a

Probenahme von Braunkohlen und deren Untersuchung nach § 3 der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen (1. BImSchV)

je Probe
80

2081

Erteilung einer Ausnahme nach § 17 der Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen (2. BImSchV)

55 – 550

2082

Probenahme und deren Untersuchung nach der Verordnung über den Schwefelgehalt bestimmter flüssiger Kraft- oder Brennstoffe (3. BImSchV)

je Probe
105

2083

Probenahme von Flüssiggaskraftstoff und dessen Untersuchung nach der Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraftstoffen (10. BImSchV)

je Probe
150

und zusätzlich je folgender untersuchter Komponente aus dieser Probe

a)
Gesamtschwefelgehalt
50

b)
Korrosionswirkung auf Kupfer
45

c)
Dampfdruck
30

d)
Gesamtgehalt an Dienen
60

e)
Klopffestigkeit, MOZ
60

2084

Probenahme von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und deren Untersuchung nach der Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraftstoffen (10. BImSchV)

1.
Ottokraftstoffe

je Probe
50

und zusätzlich je folgender untersuchter Komponente aus dieser Probe

a)
Benzol
62

b)
Xylol
52

c)
Aromaten
65

d)
MTBE (Methyl-Tertiär-Butylether)
100

e)
Schwefel
55

f)
Dichte
13

g)
Dampfdruck
35

h)
Klopffestigkeit

65

i)
Bioethanol
75

j)
ETBE (Ethyl-tert-butyl-Ether)
100

2.
Dieselkraftstoffe

je Probe
50

und zusätzlich je folgender untersuchter Komponente aus dieser Probe

a)
Schwefel
55

b)
Dichte
13

c)
Cetanzahl
100

d)
Kälteverhalten (CFPP)
30

e)
Siedeverlauf
30

f)
Flammpunkt
30

g)
Polyaromaten
125

h)
Biodiesel
75

2085

Probenahme von Ottokraftstoffen und deren Untersuchung nach der Verordnung über Chlor- und Bromverbindungen als Kraftstoffzusatz (19. BImSchV)

je Probe
50

und zusätzlich je folgender untersuchter Komponente aus dieser Probe

a)
Brom
100

b)
Chlor
100

2086

Probenahme von Erdgas als Kraftstoff und dessen Untersuchung nach der Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraftstoffen (10. BImSchV)

je Probe
150

und zusätzlich je folgender untersuchter Komponente aus dieser Probe

a)
Methan
100

b)
BETX
80

c)
Schwefel
70

d)
Stickstoff
50

2087

Probenahme von Biodieselskraftstoff und dessen Untersuchung nach der Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraftstoffen (10. BImSchV)

je Probe
150

und zusätzlich je folgender untersuchter Komponente aus dieser Probe

a)
Oxidationsstabilität
80

b)
Glycerin/Glyceride
110

c)
Gesamtverschmutzung
50

d)
Flammpunkt
35

2088

Prüfung betriebsangehöriger Immissionsschutz- oder Störfallbeauftragter nach § 1 der Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte (5. BImSchV); Prüfung und Gestattung der Bestellung nicht betriebsangehöriger Immissionsschutz- oder Störfallbeauftragter nach § 5 der Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte (5. BImSchV)
55 – 275

2089

Gestattung der Bestellung eines für den Konzernbereich zuständigen Immissionsschutz- oder Störfallbeauftragten nach § 4 der Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte (5. BImSchV)
55 – 550

2090

Erteilung einer Ausnahme nach § 6 der Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte (5. BImSchV)
55 – 375

2091
Anerkennung der Fachkunde nach § 8 Absatz 1 der Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte (5. BImSchV)
55 – 375

2092
Anerkennung der Ausbildung nach § 8 Absatz 2 der Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte (5. BImSchV)
55 – 165

2094
Entscheidung über Anerkennung eines Lehrgangs nach § 7 Nummer 2 der Verordnung über Immissionsschutz- und Störfallbeauftragte (5. BImSchV)
55 – 330

2095
Erteilung einer Ausnahme nach § 6 der Verordnung zur Auswurfbegrenzung von Holzstaub (7. BImSchV)
55 – 550

2110
Gewährung einer Fristverlängerung nach § 4 Absatz 2 der Verordnung über Emissionserklärungen (11. BImSchV)
40 – 185

2111
Erteilung einer Ausnahme nach § 6 der Verordnung über Emissionserklärungen (11. BImSchV)
125 – 500

2120
Amtshandlungen nach der Störfall-Verordnung (12. BImSchV)

a)
Zulassung von Ausnahmen nach § 9 Absatz 6 der Störfall-Verordnung
165 – 275

b)
Prüfung des Sicherheitsberichts nach § 13 der Störfall-Verordnung
120 – 2 400

c)
Durchführung einer Vor-Ort-Inspektion nach § 16 der Störfall-Verordnung einschließlich Berichterstellung und Festlegung von Folgemaßnahmen
260 – 1 250

2123
Erteilung einer Ausnahme nach § 3 der Verordnung über Chlor- und Bromverbindungen als Kraftstoffzusatz (19. BImSchV)

pro Tonne
0,01

mindestens jedoch
154

2124
Erteilung einer Ausnahme nach § 19 der Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen (17. BImSchV)
150 – 3 000

2131
Erteilung einer amtlichen Plakette nach den §§ 2 und 3 der Verordnung zur Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge mit geringem Beitrag zur Schadstoffbelastung (35. BImSchV)
5

2132
Entscheidung über die Erteilung einer Ausnahme von Verkehrsverboten nach § 40 Absatz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes und § 1 Absatz 2 der Verordnung zur Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge mit geringem Beitrag zur Schadstoffbelastung (35. BImSchV) je Fahrzeug
25 – 1 000

2140
Erteilung einer Ausnahme nach § 21 der Verordnung über Großfeuerungs- und Gasturbinenanlagen (13. BImSchV)
325 – 9 350

2142
Erteilung einer Ausnahme nach § 6 der Sportanlagenlärmschutzverordnung (18. BImSchV)
200 – 4 000

2151
Erteilung einer Ausnahme nach § 11 der Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen beim Umfüllen und Lagern von Ottokraftstoffen (20. BImSchV)
55 – 550

2152
Erteilung einer Ausnahme nach § 7 der Verordnung zur Begrenzung der Kohlenwasserstoffemissionen bei der Betankung von Kraftfahrzeugen (21. BImSchV)
55 – 500

2155
Entnahme von Proben und deren Untersuchung nach § 5 des Benzinbleigesetzes

je Probe
140

2157
Entscheidung über eine Ausnahme nach § 8 Absatz 1 und 2 der Verordnung über elektromagnetische Felder (26. BImSchV)
60 – 600

2157a

Prüfung von Anzeigen nach § 7 der Verordnung über elektromagnetische Felder (26. BImSchV)
50 – 250

2157b

Amtshandlungen nach der Verordnung über Anlagen zur Feuerbestattung (27. BImSchV)

1.

Bearbeitung einer Anzeige nach § 6 der 27. BImSchV
100 – 2 000

2.

Zulassung einer Ausnahme nach § 12 der 27. BImSchV
55 – 550

2158

Zulassung einer Ausnahme nach § 11 der Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen (31. BImSchV)
55 – 550

2159

Zulassung einer Ausnahme von den Einschränkungen nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV), soweit die Schutzzeit nach § 3 des Landes-Immissionsschutzgesetzes Berlin betroffen ist

a)

für gewerbliche Zwecke
95 – 1 530

b)

in den übrigen Fällen
35 – 180

2160

Zulassung einer Ausnahme von den Einschränkungen nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV), soweit die Tarifstelle 2159 nicht anwendbar ist

a)

für gewerbliche Zwecke
60 – 1 200

b)

in den übrigen Fällen
35 – 180

2161

Zulassung einer Ausnahme von den Einschränkungen nach § 7 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV)

a)

für gewerbliche Zwecke

60 – 1 200

b)

in den übrigen Fällen

35 – 180

Amtshandlungen nach der Chemikalien-Ozonschichtverordnung

2200

Anerkennung einer Fortbildungsveranstaltung zum Erwerb der Sachkunde nach § 5 Absatz 2 Nummer 1 der Chemikalien-Ozonschichtverordnung

100 – 1 000

2201

Anerkennung einer Zertifizierung nach § 5 Absatz 2 Nummer 3 der Chemikalien-Ozonschichtverordnung

50 – 500

Amtshandlungen nach der Chemikalien-Klimaschutzverordnung

2210

Verlängerung der Frist zum Einhalten von Grenzwerten für den Kältemittelverlust nach § 3 Absatz 1 der Chemikalien-Klimaschutzverordnung

100 – 700

2211

Anerkennung einer Aus- oder Fortbildungseinrichtung, eines Unternehmens oder Betriebes als berechtigt zur Abnahme von Prüfungen und Erteilung von Sachkundebescheinigungen nach § 5 Absatz 2 und 3 der Chemikalien-Klimaschutzverordnung

100 – 1 000

2212

Zertifizierung von Betrieben; Erteilung einer Bescheinigung für Betriebe, die Einrichtungen gemäß Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 842/2006 installieren, warten oder instand halten

100 – 700

III. Abfallentsorgung

Amtshandlungen nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz und dem Abfallverbringungsgesetz

3000

Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach § 35 Absatz 2 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, bei Kosten (K) für die Errichtung oder die wesentliche Änderung der Anlage oder des Anlagenteils

a)

bis zu 50 000 €

$$= 275 + 0,009 \times K$$

b)

bis zu 500 000 €

$$= 725 + 0,009 \times (K - 50\,000)$$

c)

bis zu 5 000 000 €

$$= 4\,775 + 0,007 \times (K - 500\,000)$$

d)

bis zu 50 000 000 €

$$= 36\,275 + 0,005 \times (K - 5\,000\,000)$$

e)

über 50 000 000 €

$$= 261\,275 + 0,003 \times (K - 50\,000\,000)$$

höchstens

800 000

Anmerkungen:

1.

Ist der Planfeststellung eine Zulassung nach § 37 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vorausgegangen, sind 50 v.H. der hierfür erhobenen Gebühr (Tarifstelle 3002) von der Gebühr für die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens (Tarifstelle 3000) abzuziehen.

2.

Enthält die Amtshandlung eine bauordnungsrechtliche Abweichung oder eine bauplanungsrechtliche Ausnahme oder Befreiung, so ist ein Zuschlag nach Maßgabe der entsprechenden Regelungen der Baugebührenordnung in der jeweils geltenden Fassung zu erheben.

3001

Durchführung eines Genehmigungsverfahrens nach § 35 Absatz 3 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes bei Kosten (K) für die Errichtung oder die wesentliche Änderung der Anlage oder des Anlagenteils

a)
bis zu 50 000 €
 $= 275 + 0,005 \times K$

b)
bis zu 500 000 €
 $= 525 + 0,005 \times (K - 50\,000)$

c)
bis zu 5 000 000 €
 $= 2\,775 + 0,004 \times (K - 500\,000)$

d)
bis zu 50 000 000 €
 $= 20\,775 + 0,003 \times (K - 5\,000\,000)$

e)
über 50 000 000 €
 $= 155\,775 + 0,002 \times (K - 50\,000\,000)$

Anmerkungen:

1.

Ist der Genehmigung eine Zulassung nach § 37 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vorausgegangen, so sind 50 vom Hundert der hierfür erhobenen Gebühr (Tarifstelle 3002) von der Gebühr für die Durchführung des Genehmigungsverfahrens (Tarifstelle 3001) abzuziehen.

2.

Enthält die Amtshandlung eine bauordnungsrechtliche Abweichung oder eine bauplanungsrechtliche Ausnahme oder Befreiung, so ist ein Zuschlag nach Maßgabe der entsprechenden Regelungen der Baugebührenordnung in der jeweils geltenden Fassung zu erheben.

3001a

Verlängerung einer befristeten Genehmigung nach § 35 Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes
20 v.H. der Gebühr nach Tarifstelle 3001

3002
Zulassung des vorzeitigen Beginns nach § 37 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in einem Planfeststellungs- oder Genehmigungsverfahren
50 v.H. der Gebühr nach Tarifstelle 3000 bzw. 3001

3003
Durchführung eines Erörterungstermins gemäß § 73 Absatz 6 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bei Planfeststellungsverfahren nach Tarifstelle 3000
zusätzlich 25 v.H. der Gebühr nach Tarifstelle 3000

3003a
Feststellungsentscheidung über das Unterbleiben einer Planfeststellung oder Genehmigung nach § 74 Absatz 7 des Verwaltungsverfahrensgesetzes
200 – 1 000

3004
Gestattung der Bestellung nicht betriebsangehöriger Betriebsbeauftragter für Abfall gemäß § 4 der Verordnung über Betriebsbeauftragte für Abfall
40 – 375

3005
Befreiung von der Verpflichtung zu Bestellung eines Betriebsbeauftragten für Abfall nach § 6 der Verordnung über Betriebsbeauftragte für Abfall
40 – 375

3006
Ausnahmezulassung nach § 28 Absatz 2 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes
250 – 2 500

3007
Ausnahmezulassung aufgrund einer Rechtsverordnung nach § 28 Absatz 3 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes
35 – 180

Anmerkung zu den Tarifstellen 3006 und 3007:

Die Gebühren für Leistungen nach der Tarifstelle 3008 werden zusätzlich erhoben.

3008
Ortsbesichtigungen im Rahmen eines Ausnahmezulassungsverfahrens nach den Tarifstellen 3006 und 3007
60 – 600

Anmerkung:

Auf die Vorbemerkung Nummer 1 wird verwiesen.

3010

Analyse von Abfällen (je entnommene Probe)

Einzelanalyse

8 – 75

Gesamtanalyse

75 – 750

3011

Vollzug der Verpackungsverordnung

1.

Prüfung der Unterlagen zum Nachweis von sogenannten Branchenlösungen gemäß § 6 Absatz 2 der Verpackungsverordnung

100 – 500

2.

Schriftliche Abstimmung des Sammelsystems auf das vorhandene Sammelssystem des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gemäß § 6 Absatz 4 der Verpackungsverordnung

100 – 1 500

3.

Feststellung der Einrichtung eines flächendeckenden Sammelsystems nach § 6 Absatz 5 der Verpackungsverordnung

300 – 1 000

4.

Widerruf einer Systemfeststellung gemäß § 6 Absatz 6 der Verpackungsverordnung

500 – 1 500

5.

Prüfung der Unterlagen gemäß § 6 Absatz 2 und Absatz 3 der Verpackungsverordnung zum Nachweis über die Einhaltung der Verwertungsanforderungen entsprechend Anhang I zu § 6 der Verpackungsverordnung

300 – 1 000

6.

Anordnungen zu §§ 4 bis 10 und §§ 12 bis 14 der Verpackungsverordnung

100 – 1 000

7.

Abstimmung des Sammelsystems für die Ausschreibung der Erfassungsleistungen durch Betreiber des dualen Systems gemäß § 6 Absatz 4 der Verpackungsverordnung

100 – 1 500

8.

Berechnung und Erhebung der Sicherheitsleistung gemäß § 6 Absatz 5 Satz 3 der Verpackungsverordnung
100 – 1 500

3012

Genehmigung eines herstellereigenen Rücknahmesystems für Geräte-Alt Batterien nach § 7 des Batteriegesetzes
270 – 1 800

3012a

Prüfung einer Dokumentation nach § 15 Absatz 2 des Batteriegesetzes
180 – 450

3013

Gebühren zu den §§ 3 und 6 der Beförderungserlaubnisverordnung

1.

Anerkennung eines Fachkundelehrganges gemäß § 3 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 der Beförderungserlaubnisverordnung gegenüber einem Lehrgangsträger
600

2.

Anerkennung eines Fortbildungslehrganges gemäß § 6 Satz 2 der Beförderungserlaubnisverordnung gegenüber einem Lehrgangsträger
600

3013a

Entscheidung über die Erteilung einer Beförderungserlaubnis nach § 54 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes oder der Beförderungserlaubnisverordnung

1.

Entscheidung über die Erteilung einer Beförderungserlaubnis
250 – 5 000

2.

Entscheidung nach einer wesentlichen Änderung der für die Erlaubnis erheblichen Umstände
50 – 5 000

3.

Entscheidung über eine auf Antrag inhaltlich beschränkte oder befristete Beförderungserlaubnis
50 – 5 000

(insbesondere für bestimmte grenzüberschreitende Verbringungen)

3013b

Notifizierungsverfahren und Überwachungsmaßnahmen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 über die Verbringung von Abfällen in Verbindung mit dem Abfallverbringungsgesetz

1.

Bearbeitung einer Notifizierung

300 – 3 000

2.

Änderung eines Zustimmungsbescheides

50 – 150

3.

Überwachungsmaßnahmen im Sinne des § 12 des Abfallverbringungsgesetzes, wenn eine Anordnung nach § 13 des Abfallverbringungsgesetzes geboten ist oder nicht erfüllt wurde

50 – 600

4.

Durchführung von Analysen

a)

Entnahme von Proben der beförderten Abfälle

100 – 500

b)

Untersuchung der Proben

–

wenn die Behörde die Untersuchung selbst vornimmt

500 – 2 500

–

wenn die Behörde die Untersuchung durch Dritte vornehmen lässt

150 – 500

5.

Anordnungen nach § 13 des Abfallverbringungsgesetzes

a)

Anordnungen der Rücknahme von Abfällen aus nicht abgeschlossener Verbringung gemäß Artikel 22 der Verordnung (EG) Nummer 1013/2006
500 – 3 000

b)

Anordnungen der Rücknahme von illegal verbrachten Abfällen gemäß Artikel 24 der Verordnung (EG) Nummer 1013/2006
800 – 4 000

c)

Sonstige Anordnungen
100 – 2 000

3013c

Gebühren für eine Anzeige nach § 53 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes
50

3014

Gebühren zu § 28 Absatz 1 bis 3 der Nachweisverordnung

a)

Vergabe einer abfallrechtlichen Kennung
25 – 50

b)

Änderung einer abfallrechtlichen Kennung
25 – 50

c)

Vergabe einer Freistellungsnummer
50

3015

Bestätigung eines Entsorgungsnachweises oder Sammelentsorgungsnachweises oder Änderung eines Nachweises, soweit sie nicht im Zusammenhang mit einer Zuweisung der zentralen Einrichtung erfolgt (§ 5 Absatz 1 und § 9 Absatz 3 der Nachweisverordnung)

a)

Entsorgungsnachweis über eine Gesamtabfallmenge in Tonnen bei Bestätigung

bis einschließlich 5
128

bis einschließlich 10
154

bis einschließlich 25
205

bis einschließlich 50
256

bis einschließlich 100
307

bis einschließlich 250
384

bis einschließlich 500
435

bis einschließlich 1 000
486

bis einschließlich 2 000
563

bis einschließlich 5 000
665

über 5 000
767

b)
Sammelentsorgungsnachweis über eine Gesamtabfallmenge in Tonnen bei Bestätigung

bis einschließlich 5
256

bis einschließlich 25
640

bis einschließlich 50
895

bis einschließlich 100
1 279

bis einschließlich 500
2 557

bis einschließlich 1 000
3 068

bis einschließlich 2 000
3 579

bis einschließlich 5 000
4 346

über 5 000
5 113

c)
bei Nichtbestätigung
50 v.H. der nach Buchstabe a) oder b) festzusetzenden Gebühr

3016
Änderung eines Nachweises im Sinne der Tarifstelle 3015

a)
soweit diese sich auf die Abfallmenge bezieht
die nach Tarifstelle 3015 in Bezug auf die Mengendifferenz zu berechnende Gebühr

mindestens
52

b)
soweit es sich um sonstige formelle Änderungen handelt
52 – 103

3017
Bearbeitung eines unvollständig oder unrichtig ausgefüllten Begleitscheins gemäß § 11 Absatz 1 der
Nachweisverordnung
13

3018

Aufforderung zur Übersendung einer Unterlage, die entgegen § 6 Absatz 1 Satz 2, § 6 Absatz 2 Satz 2 (auch in Verbindung mit § 9 Absatz 3), § 7 Absatz 4, § 9 Absatz 4 oder § 11 Absatz 3 Satz 1 Halbsatz 1 (auch in Verbindung mit § 13 Absatz 2 Satz 3) der Nachweisverordnung nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt wurde
25

3019

Makler- und Händlererlaubnis nach § 54 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes

1.

Erteilung einer Erlaubnis

500 – 5 000

2.

Änderung einer Erlaubnis

50 – 5 000

3.

Widerruf einer Erlaubnis

50 – 500

3020

Bearbeitung von Anzeigen gemäß § 18 Absatz 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes

50 – 2 000

3021

Gebühren im Anwendungsbereich der Entsorgungsfachbetriebsverordnung

1.

Zustimmung zum Überwachungsvertrag gemäß § 56 Absatz 5 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes

a)

im konkreten Einzelfall (1. Halbsatz)

150 – 5 000

b)

allgemeine Zustimmung (2. Halbsatz)

2 500 – 40 000

c)

Änderungs- und Nachtragsbescheide

150

2.

Anerkennung eines Fachkundelehrganges gemäß § 9 Absatz 2 Nummer 3 der Entsorgungsfachbetriebsverordnung gegenüber dem Lehrgangsträger
600

3.

Anerkennung eines Fortbildungslehrgangs gemäß § 11 Satz 2 der Entsorgungsfachbetriebsverordnung gegenüber dem Lehrgangsträger
600

4.

Verpflichtung zum Entzug von Überwachungszertifikat und Überwachungszeichen nach § 14 Absatz 4 Nummer 2 der Entsorgungsfachbetriebsverordnung
525

5.

Widerruf der Zustimmung nach § 15 Absatz 4 der Entsorgungsfachbetriebsverordnung
525

6.

Gestattung nach § 16 Satz 2 der Entsorgungsfachbetriebsverordnung
105

3021a

Anerkennung eines Lehrgangs gemäß § 4 der Deponieverordnung gegenüber dem Lehrgangsträger
150 – 600

3022

Gebühren im Anwendungsbereich der Entsorgungsgemeinschaftenrichtlinie

1

a)

Anerkennung gemäß § 56 Absatz 6 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes
2 500 – 40 000

1

b)

Änderung des Anerkennungsbescheides
500 – 2 000

1

c)

Stellungnahme zur Aufnahme oder Zertifizierung eines neuen Mitgliedsbetriebes oder zur Änderung des Zertifizierungsumfangs eines Mitgliedsbetriebes
150 – 250

2.

Widerruf nach § 11 Absatz 3 der Entsorgungsgemeinschaftenrichtlinie
2 500

3.
Gestattung nach § 12 Satz 2 der Entsorgungsgemeinschaftenrichtlinie
105

3023

a)
Freistellung von Abfallentsorgern nach § 7 der Nachweisverordnung
300 – 800

b)
Änderung eines Freistellungsbescheides
50 – 150

c)
Entscheidungen nach § 8 der Nachweisverordnung
250 – 800

Anmerkung:

Die Gebühren zu den Buchstaben a) und b) werden nebeneinander erhoben.

3024

a)
Entscheidung über die Festlegung von Beseitigungs- oder Verwertungsvorgängen im Rahmen der
Abfallentsorgung nach der Nachweisverordnung

je Nachweiserklärung
25 – 500

b)
Entscheidungen nach § 14 der Nachweisverordnung
50 – 5 000

3028

a)
Bestätigungen zu § 50 Absatz 2 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes
50 – 500

b)
Anträge und Anzeigen zu Freistellungen im Rahmen der freiwilligen Rücknahme von Abfällen gemäß § 26
Absatz 2 bis 6 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes

150 – 500

c)

Befreiungen gemäß § 26 Absatz 1 der Nachweisverordnung
150 – 500

d)

Anordnungen gemäß § 51 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes
150 – 500

e)

Anordnungen gemäß § 26 Absatz 2 der Nachweisverordnung
150 – 500

3029

Anordnungen gemäß § 62 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes
50 – 2 000

3030

Gebühren im Anwendungsbereich der Altfahrzeug-Verordnung

1.

Ortsbesichtigung ohne Messtätigkeit
50 – 600

Anmerkung:

Auf die Vorbemerkungen Nummer 1 und 2 wird verwiesen

2.

Prüfung von Anträgen auf Zulässigkeit von Abweichungen von den Anforderungen gemäß Nummer 5 des Anhangs zur Altfahrzeug-Verordnung
150 – 3 000

3.

Prüfung von Anträgen auf Überlassung einer Restkarosse an eine sonstige Anlage zur weiteren Behandlung gemäß § 4 Absatz 4 der Altfahrzeug-Verordnung
150 – 3 000

3031

Gebühren nach der Bioabfallverordnung

a)
Ausnahmen nach § 3 Absatz 3 Satz 2 der Bioabfallverordnung
50 – 1 000

1
b)
Anordnungen nach § 3 Absatz 7 Satz 3 der Bioabfallverordnung
50 – 1 000

1
c)
Anzeigen/Berichte nach § 3 Absatz 8 Satz 2 bis 4 der Bioabfallverordnung
50 – 1 000

2
a)
Genehmigungen nach § 4 Absatz 3 Satz 4 und 5 der Bioabfallverordnung
50 – 1 000

2
b)
Zulassung nach § 4 Absatz 5 Satz 2 der Bioabfallverordnung
50 – 1 000

2
c)
Anordnungen nach § 4 Absatz 5 Satz 3 der Bioabfallverordnung
50 – 1 000

2
d)
Anzeige nach § 4 Absatz 7 Satz 2 der Bioabfallverordnung
50 – 1 000

2
e)
Anzeige nach § 4 Absatz 8 Satz 2 der Bioabfallverordnung
50 – 1 000

2
f)
Anzeige nach § 4 Absatz 9 Satz 3 der Bioabfallverordnung
50 – 1 000

3
a)
Genehmigung nach § 6 Absatz 1 Satz 4 der Bioabfallverordnung

50 – 1 000

3

b)

Zustimmung nach § 6 Absatz 2 Satz 1 der Bioabfallverordnung

50 – 1 000

3

c)

Ausnahme nach § 6 Absatz 3 der Bioabfallverordnung

90 – 450

4

a)

Anzeige nach § 9 Absatz 1 und 2 der Bioabfallverordnung

50 – 1 000

4

b)

Ausnahmen nach § 9 Absatz 3 Satz 2 der Bioabfallverordnung

50 – 1 000

5

a)

Zulassung nach § 10 Absatz 2 Satz 1 der Bioabfallverordnung

50 – 1 000

5

b)

Befreiung nach § 10 Absatz 2 Satz 2 der Bioabfallverordnung

50 – 1 000

6

a)

Anzeige auf Verlangen nach § 11 Absatz 1 Satz 3 der Bioabfallverordnung

50 – 1 000

6

b)

Befreiung nach § 11 Absatz 3 Satz 1 der Bioabfallverordnung

50 – 1 000

3032

Gebühren nach der Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts

a)
Anzeige über die Abfallbeschaffenheit und Mengenströme nach § 6 Absatz 1 der Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts
50 – 1 000

1
b)
Anordnung nach § 6 Absatz 1 der Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts
50 – 1 000

2
a)
Anzeige über die Abfallbeschaffenheit und Mengenströme nach § 6 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2[2] der Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts
50 – 1 000

2
b)
Anordnung nach § 6 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2[3] der Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts
50 – 1 000

2
c)
Anzeige über die Abfallbeschaffenheit und Mengenströme nach § 6 Absatz 4 Satz 2 Nummer 3[4] der Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts
50 – 1 000

2
d)
Anordnung nach § 6 Absatz 4 Satz 2 Nummer 3[5] der Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts
50 – 1 000

3
a)
Anzeige über die Abfallbeschaffenheit und Mengenströme nach § 8 Absatz 3 der Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts
50 – 1 000

3
b)
Anordnung nach § 8 Absatz 3 der Verordnung zur des Deponierechts
50 – 1 000

3033
Gebühren nach der Gewerbeabfallverordnung

1.

Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Feststellung der Erfüllung der Anforderungen nach § 3 Absatz 2 Satz 1 der Gewerbeabfallverordnung
50 – 1 000

2.
Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Feststellung der fehlenden technischen Möglichkeit oder wirtschaftlichen Zumutbarkeit gemäß § 3 Absatz 3 der Gewerbeabfallverordnung
50 – 500

3.
Ausnahmen nach § 3 Absatz 4 Satz 1 der Gewerbeabfallverordnung
50 – 5 000

4.
Ausnahmen nach § 3 Absatz 4 Satz 3 der Gewerbeabfallverordnung
50 – 5 000

5.
Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Feststellung der fehlenden technischen Möglichkeit oder wirtschaftlichen Zumutbarkeit gemäß § 8 Absatz 6 der Gewerbeabfallverordnung
50 – 500

3034
Ortsbesichtigungen im Rahmen der allgemeinen Überwachung gemäß § 47 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes
50 – 1 500

3035
Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Beseitigung von Fahrzeugen gemäß § 20 Absatz 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, die als Abfall im Sinne des § 3 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes anzusehen sind
55

3036
Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Beseitigung von Kraftfahrzeugen oder Anhängern ohne gültige amtliche Kennzeichen gemäß § 20 Absatz 3 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes
55

Amtshandlungen nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz Berlin und den dazu erlassenen Verordnungen

3041
Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Anschluss- und Benutzungszwang gemäß § 5 Absatz 2 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes Berlin
50 – 500

3042
Entscheidung nach § 13 Absatz 6 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes Berlin
50 – 500

3043

Anordnungen nach § 9 des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes Berlin
50 – 500

Amtshandlungen nach dem Straßenreinigungsgesetz

3050

Befreiung von der Verpflichtung zum Winterdienst gemäß § 4 Absatz 5 des Straßenreinigungsgesetzes
50 – 2 500

3051

Erlaubnis zur Verteilung von Werbematerial gemäß § 8 Absatz 2 des Straßenreinigungsgesetzes
34

zusätzlich

a)

je Straße oder Stadtbezirk pro Tag

3

b)

für das gesamte Stadtgebiet pro Tag

5

c)

Erstellung von Ausfertigungen der Erlaubnis je

10

3052

Amtshandlungen im Zusammenhang mit Ersatzvornahmen nach § 6 Absatz 3 des Straßenreinigungsgesetzes aufgrund der Nichterfüllung von Anliegerverpflichtungen zum Winterdienst zuzüglich der durch die Ersatzvornahme entstandenen Auslagen
je Einsatzfall 65

Amtshandlungen nach dem Berliner Straßengesetz

3060

Amtshandlungen im Zusammenhang mit der Beseitigung und Verwertung von Fahrzeugen ohne gültige amtliche Kennzeichen gemäß § 14 des Berliner Straßengesetzes
55

Anmerkung:

Die für die Beseitigung, Verwahrung und gegebenenfalls Verwertung sowie eventuelle Fahrzeugöffnung anfallenden Kosten werden zusätzlich erhoben.

IV. Strahlenschutz

Strahlenschutzuntersuchungen

Personendosisüberwachung

4000

Bereitstellung und Auswertung eines Dosismessfilms daneben: Anschaffungskosten einer Gleitschattenkassette mit Befestigungszubehör

4,10

4001

a)

Bereitstellung und Auswertung eines Thermolumineszenz-Photonen-Dosimeters

5

b)

Bereitstellung und Auswertung eines Thermolumineszenz-Sonderdosimeters

5 – 7

Anmerkung zu a und b:

Zusätzlich werden die Anschaffungskosten eines Thermolumineszenz-Detektors geltend gemacht.

c)

Bereitstellung und Auswertung eines Beta-Dosimeters

6 – 10

Anmerkung:

Zusätzlich werden gegebenenfalls die Anschaffungskosten eines Edelstahlrings geltend gemacht. Die Kosten für einen nicht wieder verwendbaren Sondenträger sind mit der Gebühr abgegolten.

4002

Auswertung eines Albedodosimeters

8

Daneben wird die Leihgebühr oder werden die Anschaffungskosten für die Überlassung erhoben:

Leihgebühr für ein Albedodosimeter

je Leihvorgang
10

4004
Bereitstellung eines elektronischen Dosimeters (Dosimeter bleibt Eigentum der Messstelle)
100 – 150

Anmerkungen zu den Tarifstellen 4000 bis 4004

–Die Gebühr für die Leistungen nach den Tarifstellen 4000 bis 4004 wird auch dann erhoben, wenn das Dosimeter von den Institutionen nicht benutzt worden ist, die zur Überwachung ihrer strahlenexponierten Mitarbeiter amtliche Dosimeter erhalten haben.

–Bei nicht ordnungsgemäßer Verwendung der Personendosimeter wird zusätzlich eine Gebühr von 131 € erhoben.

–Für verspätet oder ungeordnet eingegangene Sendungen für Strahlenschutzuntersuchungen wird zusätzlich eine Gebühr von 3,50 bis 34,50 € erhoben.

–Die Kosten der Wiederbeschaffung von unbrauchbar gewordenem verliehenen Material werden neben der Gebühr ebenfalls geltend gemacht.

–Die Gebühren enthalten nicht die Kosten für Porto und Verpackung[6]

4005
Sonderauswertungen
22 – 88

4006
Auskünfte aus der Personendosisdatenbank
nach Zeitaufwand

4007
Mehrfertigungen von Ergebnismitteilungen der Personendosimetrie
je Seite 0,51

4010
Probenahmen
nach Zeitaufwand

4020

Messung der Dosisleistung einer Strahlenquelle oder Anlage zur Erzeugung ionisierender Strahlung oder der Ortsdosisleistung mit einem aktiven Dosimeter
nach Zeitaufwand

4030

Bereitstellung und Auswertung eines Radonmesssystems
20 – 50

4032

Bestimmung einer Dosis, Dosisleistung oder Ortsdosisleistung mit der Sonde eines passiven Dosimeters
Gebühr richtet sich nach der Gebühr für eine Personendosisfeststellung mit entsprechendem Dosimeter

Radiochemische Untersuchungen

4040

Sonstige Bestimmung der Radioaktivität
22 – 440

4042

Gammaskopimetrische Einzelnuklidbestimmung
je Bestimmung 155

4043

Alphaspektrometrische Bestimmung
je Bestimmung 654, für mehrere Bestimmungen an der gleichen Probe 1 007

4044

Bestimmung von Tritium mit Flüssigszintillationszählung
386

4045

Bestimmung von über ihre beta-Strahlung zu erfassenden Nukliden
erstes Nuklid 670, jedes weitere Nuklid in der gleichen Probe 372

4046

Bestimmung des in-situ-Gammaskopetrums. Die Gebühr deckt nicht die Bewertung der Ergebnisse, z.B. nach den §§ 29, 101 der Strahlenschutzverordnung, ab.
nach Zeitaufwand

Anmerkungen zu den Tarifstellen 4000 bis 4046:

1.

Weitere Amtshandlungen nach der Strahlenschutzverordnung und der Röntgenverordnung sind nach Maßgabe der Verordnung über die Erhebung von Gebühren im Gesundheits- und Sozialwesen gebührenpflichtig.

2.

Bei der Berechnung der Gebühr nach dem Zeitaufwand wird die tatsächlich aufgewendete Tätigkeitszeit einschließlich der Zeit für An- und Abfahrten zu Grunde gelegt. Werden Amtshandlungen bei mehreren Kostenpflichtigen miteinander verbunden, ist die anteilige An- und Abfahrtszeit zu berechnen.

3.

Die Gebühr nach Zeitaufwand beträgt je angefangene halbe Stunde für eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter

a)

des höheren Dienstes je halbe Stunde

37

b)

des gehobenen Dienstes je halbe Stunde

29

c)

des mittleren und einfachen Dienstes je halbe Stunde

24

V. Gewässerschutz

5000

Bearbeitung von Auskunftersuchen über Grundwasserstände

40 – 800

5010

Bearbeitung von Auskunftersuchen über Baugrundangelegenheiten

60 – 1 200

Anmerkung:

Sofern Auskünfte Grundwasserstände und Baugrundangelegenheiten gleichzeitig betreffen, werden Gebühren nach den Tarifstellen 5000 und 5010 gegebenenfalls anteilig nebeneinander erhoben.

5011

Karten- und Informationsmaterial aus dem geologischen Atlas von Berlin

20 – 200

Amtshandlungen auf Grund des Wasserhaushaltsgesetzes, des Berliner Wassergesetzes und ergänzender Rechtsvorschriften

5015

Bewilligung, gehobene Erlaubnis oder Erlaubnis für Gewässerbenutzungen im förmlichen Verfahren

1.

für die Entnahme oder das Einleiten von Wasser (nach dem Wert der Benutzung für 1 m³ Wasser), je angefangene 100 m³/a

18

Zusätzlich für jedes angefangene weitere Jahr der Geltungsdauer der Bewilligung, gehobenen Erlaubnis oder Erlaubnis 2,15 v.H. der berechneten Gebühr

oder

2.

für das Einleiten von Stoffen in das Grundwasser, die nicht unter 1. fallen, sowie das Umleiten von Grundwasser

a)

Menge der eingeleiteten Stoffe

– je angefangene 100 m³ –

153

und

b)

abgesperrter Aquifer unterhalb des Höchsten Grundwasserstandes (HGW)

– je angefangene 1 000 m³ –

410

Anmerkungen:

–Bei Grundwasserabsenkungen für Baumaßnahmen wird für die Gebührenberechnung ausschließlich die zugelassene Gesamtfördermenge zugrunde gelegt und die Gebühren nach Nummer 1 reduzieren sich auf 15 v.H.

–Bei Oberflächengewässerbenutzungen zur Verwendung als Kühlwasser reduzieren sich die Gebühren nach Nummer 1 auf 15 v.H.

–Die Einzelgebühr nach Nummer 1 und 2 beträgt jeweils höchstens 100 000 €[7]

–Werden mehrere Maßnahmen gemeinsam beantragt, so werden die Gebühren getrennt nach Nummer 1 und 2 berechnet und gemeinsam festgesetzt.

5016

Erteilung einer Erlaubnis ohne förmliches Verfahren
50 v.H. der Gebühr nach Tarifstelle 5015

mindestens
50

5017

a)
Ausgleich von Rechten und Befugnissen
250 – 5 000

b)
Erteilung von Zwangsrechten
1 v.H. der Vorhabenkosten

mindestens
500

höchstens
20 000

c)
Planfeststellungen zum Ausbau oberirdischer Gewässer, Deich- und Dammbauten bei Vorhabenkosten (K)

bis zu 50 000 €
 $0,04 \times K$

über 50 000 €
 $2\,000 + 0,007 \times (K - 50\,000)$

d)
Plangenehmigungen nicht UVP-pflichtiger Ausbaumaßnahmen nach Buchstabe c)
50 v.H. der Gebühr nach Buchstabe c)

5018
nachträgliche Entscheidung zu Tarifstellen 5015 – 5017 (Nebenbestimmungen, Entschädigungsfestsetzung)
10 v.H. der Gebühr nach Tarifstelle 5015 – 5017

mindestens
50

5020
Notifizierung eines Prüflabors für Wasser- und Abwasseruntersuchungen
150 – 300

5021
Erteilung einer Erlaubnis für die direkte Einleitung von Niederschlagswasser nach den §§ 8, 9 und 10 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit den §§ 14, 16 und 62 ff. des Berliner Wassergesetzes und einer Genehmigung für die mittelbare Einleitung von Niederschlagswasser nach § 29 des Berliner Wassergesetzes im nichtförmlichen Verfahren

a)
direkte Einleitung
0,08 je m² abflusswirksame Fläche (ohne Dachflächen)/a

Zusätzlich für jedes weitere Jahr der Geltungsdauer der Erlaubnis oder Genehmigung 2,15 v.H. der berechneten Gebühr

b)
mittelbare Einleitung
50 v.H. der Gebühr nach Buchstabe a)

Zusätzlich für jedes weitere Jahr der Geltungsdauer der Erlaubnis oder Genehmigung 2,15 v.H. der berechneten Gebühr

mindestens
50

5021a
Genehmigung nach § 29 des Berliner Wassergesetzes für die mittelbare Einleitung von

1.
Abwasser – eingeleitete Menge, je angefangene 100 m³
153

2.
Grundwasser (nach dem Wert der Benutzung für 1 m³ Wasser), je angefangene 100 m³/a
9

Zusätzlich für jedes angefangene weitere Jahr der Geltungsdauer der Genehmigung 2,15 v.H. der berechneten Gebühr

5022
Anfrage, Stellungnahme oder Ortsbesichtigung außerhalb oder vor wasserrechtlichen Antragsverfahren (auch im baurechtlichen und gewerberechtlichen Genehmigungsverfahren)
50 – 970

Anmerkung:

Bei Anfragen, die unter die Beratungs- und Auskunftspflicht gemäß § 25 des Verwaltungsverfahrensgesetzes fallen, ist – soweit keine detaillierte Prüfung erforderlich – von der Gebührenerhebung abzusehen.

5023
Zulassung des vorzeitigen Beginns nach § 17 des Wasserhaushaltsgesetzes oder nach § 90 Absatz 2 des Berliner Wassergesetzes
25 v.H. der Verwaltungsgebühr für die Genehmigung/Planfeststellung/Erlaubnis/Bewilligung

5024
Erlaubnis für das Einbringen von Stoffen in oberirdische Gewässer nach dem Wert der Anlage bei Bruttoherstellungskosten (K)

a)
bis zu 50 000 €
 $= 0,04 \times K$

b)
über 50 000 €
 $= 2\,000 + 0,007 \times (K - 50\,000)$

mindestens

128

5025

Genehmigung für die Errichtung, den Betrieb oder wesentliche Veränderungen von Anlagen in und an oberirdischen Gewässern nach dem Wert der Anlage bei Bruttoherstellungskosten (K)

a)
bis zu 50 000 €
 $= 0,04 \times K$

b)
über 50 000 €
 $= 2\,000 + 0,007 \times (K - 50\,000)$

mindestens
128

höchstens
61 355

5026

Genehmigung und Zulassung von Maßnahmen in Überschwemmungsgebieten nach dem Wert der Anlage bei Bruttoherstellungskosten (K)

a)
bis zu 50 000 €
 $= 0,02 \times K$

b)
über 50 000 €
 $= 1\,000 + 0,007 \times (K - 50\,000)$

c)
für Maßnahmen ohne Bruttoherstellungskosten
 $= 128 \text{ bis } 1\,000$

mindestens
128

5027

Festsetzung der Entschädigung bei Wassergefahr

50 – 770

5028

Entscheidung in Streitfällen (Unterhaltung)

50 – 770

5029

Zustimmung zur Übernahme bei Unterhaltungspflicht

50 – 140

5030

Festsetzung des Kostenanteils oder -beitrags bei Unterhaltung von Anlagen, Beseitigung von Hindernissen, Unterhaltung von Gewässern, Deichen und Dämmen, Ausbau oberirdischer Gewässer, Deich- und Dammbauten

50 – 770

5031

Durchführung

a)

einer Nachschau oder einer weiteren Bauabnahme

90 – 710

b)

eines vom Antragsteller oder ausführenden Unternehmen verursachten erfolglosen oder unbegründeten Ortstermins

90 – 710

5032

Festsetzung und Bezeichnung der Uferlinie

a)

für die ersten 100 m Länge der festgelegten Uferlinie

85

b)

für jeden weiteren Meter

3

5033

Setzen, Ermessen, Ersetzen oder Berichtigen einer Staumarke

90 – 1 150

5034

Genehmigung zum Außerbetriebsetzen oder Beseitigen einer Stauanlage
10 v.H. der Gebühr für die Inbetriebnahme nach Tarifstelle 5017c)

mindestens

50

5035

Befreiung von der Duldungspflicht als Anlieger
50 – 140

5036

Feststellung des Inhalts und Umfangs alter Rechte und Befugnisse, Wiederherstellung zerstörter oder abhanden gekommener wasserrechtlicher Urkunden
20 v.H. der für die zugrunde liegende Amtshandlung festzusetzenden Gebühr

mindestens
50

5037

Eintragung in das Wasserbuch
50 – 160

5038

Prüfung von Berechnungen statischer und hydraulischer Art durch die Wasserbehörde
2 v.H. der Baukosten der geprüften Anlage

mindestens
50

höchstens
2 813

5039

Umschreibung einer Bewilligung, Erlaubnis, Zulassung oder Genehmigung auf einen Rechtsnachfolger oder sonstigen Dritten
128

5040

Verlängerung der Geltungsdauer einer Bewilligung, Erlaubnis, Genehmigung oder Zulassung

a)
erstmalige Verlängerung bis zu einem Jahr
20 v.H. der für die zugrunde liegende Amtshandlung festgesetzten Gebühr

b)
sonstige Fälle
50 v.H. der für die zugrunde liegende Amtshandlung festgesetzten Gebühr

mindestens
50

5041

Änderung einer Bewilligung, Erlaubnis, Genehmigung oder Zulassung
30 v.H. der für die zugrunde liegende Amtshandlung festgesetzten Gebühr

mindestens
50

Anmerkung:

Diese Gebühr wird nur geltend gemacht, wenn die Amtshandlung nicht nach anderen Tarifstellen gebührenpflichtig ist.

5042
Genehmigungen und Ausnahmen nach der Eisflächenverordnung
50 – 165

5043
Erlaubnis von Untergrundverrieselung je Wohneinheit
282

5044
Erlaubnis nach den §§ 8, 9 und 10 des Wasserhaushaltsgesetzes von

a)
Drainagen zur Ableitung des Grundwassers, einschließlich dazugehöriger Sickerschächte

bis 50 m Länge
113

je weitere angefangene 10 m Länge
20

je Sickerschacht
113

b)
Niederschlagsentwässerung (ohne Dachflächen) über Versickerungsanlagen mit Oberbodenpassage, wie Mulden, Mulden-Rigolen oder Sickerbecken

bis 100 m² abfusswirksame Fläche
60

je weitere angefangene 100 m² Fläche
10

c)
Niederschlagsentwässerung (ohne Dachflächen) über Versickerungsanlagen ohne Oberbodenpassage, wie Rohrrigolen, Sickerschächte oder Sickerbecken

bis 100 m² abfusswirksame Fläche
120

je weitere angefangene 100 m² Fläche
20

d)
Feuerlöschbrunnen
113

e)
Erdwärmanlage bis 30 kW
250

je weitere 50 kW
300

einem Geothermal-Response-Test (GRT, TRT, eGRT)
250

höchstens
102 550

Anmerkung:

Die Gebühr ist für Anlagen, die sowohl zum Heizen als auch zum Kühlen und Heizen ausgelegt sind, nur einmal zu erheben.

5045

Eignungsfeststellung und Bauartzulassung serienmäßig hergestellter Abwasserbehandlungsanlagen
 $0,01 \times \text{Kosten der Anlage}$, mindestens 128

5046

Genehmigung der Errichtung, des Betriebs oder der wesentlichen Veränderung von

a)

Rohrleitungsanlagen zum Befördern wassergefährdender Stoffe, sofern nicht eine Planfeststellung oder -
genehmigung gemäß § 20 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist
 $0,005 \times \text{der Kosten der Anlage}$, mindestens 128

b)

Brunnen oder andere Anlagen zur Einleitung oder Entnahme von Grundwasser bei Bauvorhaben
52 je Brunnen oder Anlage

c)

Brunnen zur Einleitung oder Entnahme von Grundwasser
 $0,025 \times \text{der Kosten je Brunnen}$, mindestens 128

d)

Abwasseranlagen
 $0,005 \times \text{der Kosten der Anlage}$, mindestens 128

5047

Anzeigepflichtige Vorhaben gemäß § 37 des Berliner Wassergesetzes

a)

Anzeigen zur Errichtung von Brunnen, deren Bohrung nicht tiefer als 15 m ist (beinhaltet auch
erlaubnisfreie Grundwasserförderung nach § 33 des Wasserhaushaltsgesetzes und § 36 des Berliner
Wassergesetzes)
jeweils 40

b)

Anzeigen für erlaubnisfreie Grundwasserabsenkungen
jeweils 40

5048

Anordnung zum Rückbau eines Brunnens, einer Anlage zur Einleitung oder Entnahme von Grundwasser
oder Gewinnung von Erdwärme
 $0,025 \times \text{der Bruttoherstellungskosten je Brunnen oder Anlage}$, mindestens 128

5049

Sonstige Anordnung im Rahmen der Gewässeraufsicht gemäß § 67 des Berliner Wassergesetzes in
Verbindung mit § 17 Absatz 1 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes bei einer
Grundwasserbenutzung
50 – 5 000

5060

Erteilung von Genehmigungen und Befreiungen für Maßnahmen in Wasserschutzgebieten aufgrund der Regelungen der Wasserschutzgebietsverordnungen sowie des § 22 Absatz 5 und 7 des Berliner Wassergesetzes

a)

wasserbehördliche Entscheidungen
0,2 v.H. der Herstellungskosten

mindestens
128

höchstens
61 355

b)

wasserbehördliche Verfahren für Maßnahmen ohne Baukosten
128 – 5 000

5061

Bearbeitung einer Anzeige nach § 23 Absatz 2 des Berliner Wassergesetzes oder nach § 23 Absatz 2 des Berliner Wassergesetzes in Verbindung mit § 29a Satz 2 Halbsatz 2 des Berliner Wassergesetzes und § 4 Absatz 1 der Indirekteinleiterverordnung
50 – 2 500

5070

Genehmigung nach § 3 der Indirekteinleiterverordnung
200 – 4 000

5071

a)

Anerkennung sachverständiger Stellen nach § 5 Absatz 1 der Indirekteinleiterverordnung
500 – 5 000

b)

Rücknahme, Widerruf oder Verlängerung der Anerkennung
10 v.H. der Erstgebühr

mindestens
50

5072

Anordnungen nach § 17 Absatz 1 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes zur Einhaltung der Anforderungen an Abwassereinleitungen nach § 2 der Indirekteinleiterverordnung oder zur Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben an Abwasseranlagen im Sinne des § 60 des Wasserhaushaltsgesetzes
50 – 1 000

5080

Maßnahmen der Gewässeraufsicht nach § 71 Absatz 3 des Berliner Wassergesetzes in Verbindung mit § 23a Absatz 3 des Berliner Wassergesetzes bei Kosten der Ersatzvornahme (K) von

a)
bis zu 50 000 €
 $= 0,004 \times K$

b)
bis zu 500 000 €
 $= 200 + 0,002 \times (K - 50\,000)$

c)
über 500 000 €
 $= 1\,100 + 0,0006 \times (K - 500\,000)$

5081

a)
Anordnung weitergehender Anforderungen nach § 7 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe
50 – 500

b)
Ausnahmeerteilung in Schutzgebieten nach § 10 Absatz 1 Satz 2 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe
50 – 500

c)
Zustimmung zu kleineren Auffangräumen nach § 10 Absatz 3 Satz 4 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe
50 – 500

d)
Eignungsfeststellung oder Feststellungsbescheid über das Erfordernis einer Eignungsfeststellung nach § 63 Absatz 1 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 14 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe
75 – 2 500

e)
Nachtrag oder Neufassung von Eignungsfeststellungen
25 – 2 500

f)
Rücknahme oder Widerruf einer Eignungsfeststellung
25 – 2 500

g)

Zulassung vorzeitigen Einbaus nach § 15 Satz 2 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe
50 – 500

h)

Anerkennung von Sachverständigen oder Organisationen nach § 62 Absatz 4 Nummer 4 des Wasserhaushaltsgesetzes, § 18 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe
500 – 5 000

i)

Ergänzung oder Verlängerung der Anerkennung
10 v.H. der für die zugrunde liegenden Amtshandlung festzusetzenden Gebühr

j)

Rücknahme oder Widerruf der Anerkennung
500 – 2 500

k)

Maßnahmen zur Überwachung von Sachverständigenorganisationen
nach Zeitaufwand

l)

Anordnung einer Prüfung nach § 1 Absatz 2 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Verbindung mit § 19 Absatz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe
25 – 250

m)

Anordnung einer Prüfung nach § 19 Absatz 2 Satz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe oder Anordnung einer Mängelbeseitigung nach § 19 Absatz 5 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe in Verbindung mit § 17 Absatz 1 des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes
25 – 250

n)

Anordnung nach § 1 Absatz 3 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen
25 – 250

o)

Befreiung von der Prüfpflicht nach § 19 Absatz 2 Satz 2 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe
25 – 250

p)

Anordnung nach § 24 Absatz 2 Satz 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe

50 – 1 000

5097

Ausfertigung von Fischereischeinen und Anerkennung von Landesverbänden nach dem Landesfischereischeinengesetz

a)

Ausfertigung eines Fischereischeins A für fünf aufeinander folgende Jahre oder B für fünf aufeinander folgende Jahre

27

b)

Ausfertigung eines Fischereischeines A für ein Jahr

18

c)

Ausfertigung eines Jugendfischereischeines

10

d)

einmalige Verlängerung eines Fischereischeines

50 v.H. der Gebühr nach Buchstabe a) bzw. b) bzw. c)

e)

Anerkennung eines fischereilichen Landesverbandes

260

5098

a)

Registrierung von Fischereierlaubnisverträgen (Angelkarten)

1.

im Wert ab 5 €

1.1

ein bis fünf gleich lautende Angelkarten je Stück

4

1.2

sechs bis zehn gleich lautende Angelkarten je Stück
3

1.3
elf bis 50 gleich lautende Angelkarten je Stück
1

1.4
ab 51 gleich lautende Angelkarten je Stück
1

2.
im Wert unter 5 €

2.1
ein bis fünf gleich lautende Angelkarten je Stück
3

2.2
sechs bis zehn gleich lautende Angelkarten je Stück
2

2.3
elf bis 50 gleich lautende Angelkarten je Stück
1

2.4
ab 51 gleich lautende Angelkarten je Stück
1

b)
Zweitausfertigung von Angelkarten
5

c)
Eintragung von Fischereirechten in das Fischereibuch gemäß § 4 Absatz 2 des Berliner
Landesfischereigesetzes
300 – 900

d)
beglaubigte Auszüge aus dem Fischereibuch

1.
für die erste Ausfertigung

1.1
je Auszug bis zu fünf Seiten
9

1.2
je weitere Seite des Auszugs
2

2.
je weitere Ausfertigung
50 v.H. der Gebühr nach Nummer 1

e)
Genehmigung der Übertragung eines selbständigen Fischereirechts, Änderung des Fischereibuches infolge Übertragungen von Fischereirechten, Prüfung von Pachtverträgen gemäß § 7 Absatz 2 des Berliner Landesfischereigesetzes
50 – 325

f)
Ausstellung einer Ersatzurkunde anstelle abhanden gekommener oder zerstörter fischereirechtlicher Urkunden oder fischereirechtlicher Entscheidungen
155

g)
Ausnahmezulassung gemäß § 24 Absatz 2 oder 3 des Berliner Landesfischereigesetzes, soweit nicht fischereiwissenschaftlichen Zwecken dienend
25 – 125

h)
Beurkundung einer Einigung über Entschädigungszahlungen gemäß § 34 Absatz 1 des Berliner Landesfischereigesetzes
40 – 200

i)

Erstellen eines Bescheides über Entschädigungszahlungen gemäß § 34 Absatz 2 des Berliner Landesfischereigesetzes
400 – 600

5099
Anglerprüfung nach § 4 des Landesfischereieingesetzes

a)
Antrag auf Zulassung zur Prüfung
6

b)
Prüfung
26

c)
Erteilung des Anglerprüfungszeugnisses
11

d)
Ersatzausfertigung
11

5100
Planfeststellung nach § 20 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für die Errichtung, den Betrieb und die wesentliche Änderung der dort genannten Anlagen

nach dem Wert der Anlage (K)

a)
bis zu 50 000 €
 $= 0,04 \times K$

mindestens
500

b)
über 50 000 €
 $= 2\,000 + 0,007 \times (K - 50\,000)$

5101
Plangenehmigung nach § 20 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für die Errichtung, den Betrieb und die wesentliche Änderung der dort genannten Anlagen

75 v.H. der Gebühr nach Tarifstelle 5100

5102

Zulassung des vorzeitigen Beginns

25 v.H. der Gebühr nach Tarifstelle 5100 oder 5101

5103

Gewährung einer Fristverlängerung

a)

für die Gültigkeitsdauer der Planfeststellung oder Plangenehmigung

10 v.H. der Gebühr nach Tarifstelle 5100 oder 5101

mindestens

100

b)

für die Erfüllung einzelner Nebenbestimmungen der Planfeststellung oder Plangenehmigung

100 – 500

VI. Naturschutz, Landschaftspflege, Grünordnung, Forst- und Genehmigungen nach dem
Grünanlagengesetz

6000

Genehmigungen nach § 6 des Grünanlagengesetzes

a)

wenn besondere Ermittlungen anzustellen sind

46 – 462

b)

in den übrigen Fällen

20 – 192

Amtshandlungen nach dem Naturschutzrecht

6010

Entscheidungen nach §§ 15, 17 Bundesnaturschutzgesetz

114 – 2 280

6011

Zulassung von Ausnahmen von Vorschriften zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung bestimmter Teile von Natur und Landschaft (§§ 23 bis 29 Bundesnaturschutzgesetz, §§ 18 bis 22 Berliner Naturschutzgesetz und der auf Grund des Reichsnaturschutzgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen) sowie von gesetzlich

geschützten Biotopen nach § 30 Bundesnaturschutzgesetz i.V.m. §§ 26a, 26b, 26c, 26d Berliner Naturschutzgesetz

a)

zur Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen sowie von anderen Anlagen und Einrichtungen, ausgenommen Aufschüttungen, Abgrabungen, Ausschachtungen und Herstellung künstlicher Hohlräume unterhalb der Erdoberfläche sowie zur Durchführung von baulichen Vorhaben, die nach bauaufsichtsrechtlichen Vorschriften einer Genehmigung oder Anzeige nicht bedürfen

72 – 1 440

b)

zur Anlage von Kies-, Sand- oder Lehmgruben und von sonstigen erheblichen Veränderungen der Erdoberfläche durch Aufschüttungen, Abgrabungen, Ausschachtungen, zum Verfüllen von Gruben und Geländeeinschnitten sowie zur Herstellung künstlicher Hohlräume unterhalb der Erdoberfläche

72 – 1 440

c)

zur Errichtung oder Änderung von Werbeanlagen und Warenautomaten

46 – 460

d)

zur Errichtung oder wesentlichen Änderung von Anlagen in und an oberirdischen Gewässern, von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen

1.

bei vollständigen Anlagen

30 – 600

2.

bei einzelnen Gegenständen, wie Pfählen, Bojen

je

18

e)

zur Durchführung von Ausbauarbeiten an Gewässern

72 – 1 440

f)

zur Trockenlegung von Teichen, Tümpeln und Gräben

72 – 1 440

g)

zum Zelten und Lagern an anderen als dafür vorgesehenen Plätzen
46 – 230

h)
zur Durchführung von sportlichen Veranstaltungen aller Art
20 – 230

i)
zur Durchführung wissenschaftlicher Untersuchungen sowie von Lehr- und Fortbildungsveranstaltungen
10 – 100

j)
1.
zur völligen oder teilweisen Beseitigung von geschützten Teilen oder völligen Beseitigung von Einzelobjekten der Natur
45 – 760

2.
zur teilweisen Beseitigung von Einzelobjekten der Natur
45 – 380

3.
Aufgrabungen im Wurzelbereich geschützter Bäume
45 – 285

4.
Veränderungen oder Verlängerungen nach Nummern 1 bis 3
50 v.H. der Gebühren nach Nummer 1 bis 3

5.
Nachträgliche Anordnungen nach § 8 Berliner Baumschutzverordnung sowie Anordnungen zur Herstellung der Rechtsordnung in anderen Fällen nach § 17 Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz
45 – 760

k)
in anderen Fällen
72 – 1 440

l)
Veränderungen oder Verlängerungen nach Buchstabe k)
50 v.H. der Gebühren nach Buchstabe k)

Zustimmung zur Einschränkung des Rechts zum Betreten der Flur nach § 36 des Berliner Naturschutzgesetzes
50 – 300

6014

a)

Gewährung von Befreiungen nach § 67 Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz
72 – 1 440

b)

Veränderungen und Verlängerungen von Befreiungen nach Buchstabe a)
50 v.H. der Gebühr nach Buchstabe a)

Gebührenfrei:

Alle Maßnahmen, die dem jeweiligen Schutzzweck der nach §§ 23 bis 29 Bundesnaturschutzgesetz, §§ 18 bis 22 Berliner Naturschutzgesetz und auf Grund des Reichsnaturschutzgesetzes erlassenen Rechtsverordnungen dienen.

6015

Genehmigung nach § 33 des Berliner Naturschutzgesetzes
17 – 330

Amtshandlungen nach dem Artenschutzrecht

6018

Genehmigung der Errichtung, der Erweiterung oder des Betriebs von Tiergehegen sowie Anordnungen nach § 43 Bundesnaturschutzgesetz i.V.m. §§ 32, 55 Absatz 2 Berliner Naturschutzgesetz

a)

In Fällen, in denen besondere Ermittlungen anzustellen oder andere Behörden zu beteiligen sind
72 – 500

b)

In anderen Fällen
20 – 144

6019

Genehmigung der Errichtung, der wesentlichen Änderung oder des Betriebs eines Zoos sowie Anordnungen nach § 42 Bundesnaturschutzgesetz
72 – 1 000

6020

Artikel 5 Absatz 2 Buchstabe b und Absatz 4 der Verordnung (EG) Nummer 338/97 in Verbindung mit Artikel 47 der Verordnung (EG) Nummer 865/2006 („Vorlagebescheinigung“), Artikel 8 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nummer 338/97 in Verbindung mit Artikel 48 der Verordnung (EG) Nummer 865/2006

(„Vermarktungsbescheinigung“) oder Artikel 9 der Verordnung (EG) Nummer 338/97 in Verbindung mit Artikel 49 der Verordnung (EG) Nummer 865/2006 („Bescheinigung für die Beförderung lebender Exemplare“)

a)

Erteilung einer Bescheinigung, für die neben dem Antragsformular alle erforderlichen Nachweise vollständig eingereicht wurden

15 – 300

b)

bei zusätzlichen Prüfungen und Nachfragen

30 – 600

c)

jede weitere Bescheinigung pro Wurf/Gelege im gleichen Geschäftsvorgang

15

d)

Ausstellung einer Ersatzbescheinigung für verloren gegangene oder beschädigte/zerstörte Bescheinigungen

30 – 300

e)

nachträgliche Eintragung eines Kennzeichens

7,50 – 150

6021

Abweichung für wissenschaftliche Einrichtungen („Etikettverfahren“) nach Artikel 7 Absatz 4 Verordnung (EG) Nummer 338/97 in Verbindung mit Artikel 52 der Verordnung (EG) Nummer 865/2006

a)

Anerkennung und Registrierung von Wissenschaftlern oder wissenschaftlichen Einrichtungen

80 – 300

b)

Ausgabe von Etiketten an registrierte Wissenschaftler oder wissenschaftlichen Einrichtungen

30

c)

zusätzliche Kosten für jedes Etikett

4 – 8

6022

Ausnahmezulassungen von den Vorschriften über die Buchführungspflicht gemäß § 6 Absatz 1 der Bundesartenschutzverordnung

65 – 300

6023

Ausnahmezulassungen von der Vorschrift über die Haltung von Wirbeltieren gemäß § 7 Absatz 3
Bundesartenschutzverordnung
30 – 300

6024

Ausnahmezulassungen von den Vorschriften über die Kennzeichnungsmethoden gemäß § 12 und § 13
Absatz 1 Bundesartenschutzverordnung
30 – 300

6025

Ausnahmezulassungen von den Verbotsvorschriften gemäß § 4 der Bundesartenschutzverordnung
17 – 330

6026

Genehmigungen nach § 40 Absatz 4 sowie Anordnungen nach § 40 Absatz 6 Bundesnaturschutzgesetz
17 – 330

6027

a)
Ausnahmezulassungen nach § 45 Absatz 7 Bundesnaturschutzgesetz
72 – 1 440

b)
Veränderungen und Verlängerungen von Zulassungen nach Buchstabe a)
50 v.H. der Gebühr nach Buchstabe a)

6028

a)
Befreiungen nach § 67 Absatz 1 des Bundesnaturschutzgesetzes von den Verboten der §§ 39, 40, 42 und 43
Bundesnaturschutzgesetz
72 – 1 440

b)
Veränderungen und Verlängerungen von Befreiungen nach Buchstabe a)
50 v.H. der Gebühr nach Buchstabe a)

6029

a)
Befreiungen nach § 67 Absatz 2 Bundesnaturschutzgesetz von den Verboten des § 33 Absatz 1 Satz 1, des §
44 sowie von Geboten und Verboten im Sinne des § 32 Absatz 3 Bundesnaturschutzgesetz
72 – 1 440

b)
Veränderungen und Verlängerungen von Befreiungen nach Buchstabe a)
50 v.H. der Gebühr nach Buchstabe a)

6030

Anordnungen nach § 17 Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz zur Herstellung der Rechtsordnung
(Leistung des ökologischen Ausgleichs) im Falle nicht nach § 67 Absatz 2 Bundesnaturschutzgesetz befreiter
Zugriffe im Sinne des § 44 Absatz 1 Nummer 3 Bundesnaturschutzgesetz
72 – 1 440

Anmerkungen:

Gebührenfrei sind Amtshandlungen nach den Tarifstellen

–6025, 6027 bis 6029 für artenschutzdienliche Maßnahmen, insbesondere zu wissenschaftlichen Zwecken

–6027 und 6029, sofern die Ausnahme oder Befreiung das Beseitigen freiwillig geschaffener künstlicher Lebensstätten zum Gegenstand hat

–6027 und 6029, sofern die Ausnahme oder Befreiung zur Abwendung einer Gefahrensituation (einschl. gesundheitlicher Art) begründet ist

Jagdrechtliche Amtshandlungen

6040

Jäger- und Falknerprüfung gemäß der Jäger- und Falknerprüfungsordnung

a)

Falknerprüfung

95

b)

Jägerprüfung

160

c)

eingeschränkte Jägerprüfung

125

d)

Wiederholung der Schießprüfung

75

e)

Nachholung eines Prüfungsabschnitts

40

Anmerkung:

Wird die Zulassung zur Jägerprüfung versagt oder tritt der Prüfling vor Beginn der Prüfung zurück, so wird die Hälfte der Prüfungsgebühr erstattet.

6041

Ausstellung eines Ersatzdokuments

15

6060

Ausstellung von Jagdscheinen und Falknerjagdscheinen

a)

Ausstellung von Jagdscheinen

1.

Ausstellung für ein Jahr

50

2.

Ausstellung für zwei Jahre

90

3.

Ausstellung für drei Jahre

125

Anmerkung:

Für Studenten im Fachbereich Forstwirtschaft ermäßigt sich die Gebühr um 50 v.H.

b)

Ausstellung von Falknerjagdscheinen

1.

Ausstellung für ein Jahr

15

2.
Ausstellung für zwei Jahre
25

3.
Ausstellung für drei Jahre
35

c)
Ausstellung eines Jugendjagdscheins
25

d)
Ausstellung eines Tagesscheins
15

6061
Bescheinigung über die Erteilung eines Jagdscheins zum Zweck des Nachweises der Pachtberechtigung
15

6062
Eintragung einer Pachtfäche
15

Amtshandlungen nach dem Landeswaldgesetz

6070
a)
Genehmigung nach dem Landeswaldgesetz zum Roden bzw. zur Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart
115 – 2 330

b)
Veränderungen oder Verlängerungen nach Buchstabe a)
50 v.H. der Gebühr nach Buchstabe a)

6071
Genehmigung zur Erstaufforstung nach § 7 des Landeswaldgesetzes
115 – 2 230

6072
Genehmigung zur Beseitigung von Einzelbäumen nach § 9 des Landeswaldgesetzes

a)
zur völligen oder teilweisen Beseitigung von Teilen oder völligen Beseitigung von Einzelobjekten der Natur

38 – 760

b)
zur teilweisen Beseitigung von Einzelobjekten der Natur
38 – 380

c)
Aufgrabungen im Wurzelbereich von Einzelbäumen
38 – 285

d)
Veränderungen und Verlängerungen nach Buchstaben a) bis c)
50 v.H. der Gebühren nach Buchstaben a) bis c)

6073
Genehmigung zur Durchführung von Kahlhieben nach § 12 Absatz 2 des Landeswaldgesetzes
75 – 1 500

6074
Zustimmung zur Ausweisung von Reitwegen nach § 16 Absatz 1 des Landeswaldgesetzes
200

6075
Erlaubnis zum Reiten nach § 16 Absatz 2 des Landeswaldgesetzes
20

6076
Genehmigung des Anzündens oder Unterhaltens von Feuer, des Abbrennens von Bodendecken oder Pflanzen bzw. Pflanzenresten und der Errichtung und des Betriebes einer Feuerstätte nach § 19 des Landeswaldgesetzes
200

Amtshandlungen nach dem Forstvermehrungsgutgesetz und ergänzenden Rechtsvorschriften

6080
Zulassung von Ausgangsmaterial der Kategorie „Ausgewählt/Qualifiziert/Geprüft“ auf Antrag nach § 4 Absatz 1 des Forstvermehrungsgutgesetzes
50 bis 100

6081
Zulassung von Ausgangsmaterial der Kategorie „Quellengesichert“ auf Antrag nach § 4 Absatz 2 des Forstvermehrungsgutgesetzes
50 bis 100

6082
Ausstellung von Stammzertifikaten für Mischungen nach § 9 Absatz 2 des Forstvermehrungsgutgesetzes
50

Anmerkung[8]

Mischungen von Ernten aus einem Bestand (einer Registriernummer/Zulassungseinheit) innerhalb eines Jahres, für die auf Grund tageweiser Abfuhren mehrere Stammzertifikate ausgestellt werden, sind gebührenfrei

6083

Ausstellung von Stammzertifikaten auf Antrag, die für die Ausfuhr bestimmt sind, nach § 16 Absatz 2 des Forstvermehrungsgutgesetzes
50

6084

vollständige/teilweise Untersagung der Fortführung eines Forstsamen- oder Forstpflanzenbetriebs nach § 17 Absatz 4 des Forstvermehrungsgutgesetzes
250 bis 400

6085

Aufhebung der Untersagung der Fortführung eines Forstsamen- oder Forstpflanzenbetriebs nach § 17 Absatz 4 des Forstvermehrungsgutgesetzes
150 bis 300

6086

Gestattung der Ernte außerhalb der Zeiten nach § 1 Absatz 4 der Verordnung zur Durchführung des Forstvermehrungsgutgesetzes im Land Berlin
50

VII. Boden- und Grundwasserschutz

Zulassung von Sachverständigen nach der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen im Sinne von § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes durch die Industrie- und Handelskammer zu Berlin

7000

Zulassung als Sachverständiger nach § 2 in Verbindung mit § 7 der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen im Sinne von § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes
400 – 1 300

Anmerkung:

Die Auslagen und Kosten für die Überprüfung der Sachkunde gemäß § 5 der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen im Sinne von § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes sind vom Antragsteller auf Zulassung als Sachverständiger zu tragen.

7001

Verlängerung der Zulassung als Sachverständiger gemäß § 7 Absatz 7 Satz 2 der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen im Sinne von § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes
150

7002

Übernahme einer Zulassung von Untersuchungsstellen im Sinne von § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes
Zulassung von Untersuchungsstellen nach der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen
im Sinne von § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes durch die DAP Deutsches Akkreditierungssystem
Prüfwesen Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Berlin
250

7010

Verwaltungskostenpauschale bei Antragsbearbeitung (bei Erstbekanntgabe und Wiederholungsbekanntgabe)
116

7011

Zulassung nach § 2 in Verbindung mit § 20 der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen
im Sinne von § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Erstbekanntgabe und Wiederholungsbekanntgabe)
Prüfung bei vorhandener Akkreditierung von bis zu drei Untersuchungsbereichen für einen Standort
(Einzelzulassung oder erster Standort bei Multistandortzulassung)
365

7012

Zulassung nach § 2 in Verbindung mit § 20 der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen
im Sinne von § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Erstbekanntgabe und Wiederholungsbekanntgabe)
jeder weitere Standort bis drei Untersuchungsbereiche bei vorhandener Multistandortzulassung
265

7013

Zulassung nach § 2 in Verbindung mit § 20 der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen
im Sinne von § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes (Erstbekanntgabe und Wiederholungsbekanntgabe)
40

jeder weitere Untersuchungsbereich je Standort

7014

Begutachtung der Antrag stellenden Stelle vor Ort, je Standort, je Tag (Vor-Ort-Auditierung;
Zusatzposition nur bei erheblichen Defiziten)
730

Anmerkung:

Die Position entfällt, wenn die Defizitbeseitigung durch Korrekturmaßnahmen des Antragstellers durch
Begutachtungen der Akkreditierungsstelle nachgewiesen wird.
Zusätzlich werden Reisekosten für Vor-Ort-Audits außerhalb des Landes Berlin jeweils nach Aufwand
erhoben.

Anmerkung zu den Tarifstellen 7011 bis 7014:

Die Untersuchungsbereiche 1a, 2a und 3a sowie 1b, 2b und 3b nach § 19 Absatz 2 Satz 3 Nummer 1 bis 3 der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen im Sinne von § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes werden als jeweils ein Untersuchungsbereich berechnet.

7015

Übernahme einer Zulassung von Sachverständigen im Sinne von § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes
250

7016

Zulassungsbescheid nach § 20 der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen im Sinne von § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes und Weiterleitung zur Bekanntgabe nach § 3 der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen nach § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes
100

7017

Überprüfung der Anforderungen für die Aufrechterhaltung der Zulassung während der Zulassungsdauer (Wiederholaudit nach § 22 Absatz 3 Satz 1 und 2 der Verordnung über Sachverständige und Untersuchungsstellen im Sinne von § 18 des Bundes-Bodenschutzgesetzes)
365

[1] Anl. neu gef. mWv 30. 6. 2013 durch VO v. 4. 6. 2013 (GVBl. S. 167).

[2] Zeichensetzung amtlich.

[3] Zeichensetzung amtlich.

[4] Zeichensetzung amtlich.

[5] Zeichensetzung amtlich.

[6] Fehlende Zeichensetzung amtlich.

[7] Fehlende Zeichensetzung amtlich.

[8] Fehlende Zeichensetzung amtlich.